KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

24. – 30. Oktober 2026

Der französische Präsidentschaftskandidat Édouard Philippe wurde am 29. Oktober 2026 im Rahmen einer Untersuchung wegen des Verdachts auf Veruntreuung öffentlicher Gelder, Begünstigung und psychische Belästigung als „Zeuge mit Beistandsstatus" eingestuft. Philippe, Bürgermeister von Le Havre, war zuvor den ganzen Tag angehört worden. Die Ermittlungen betreffen mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Stadtgemeinschaft Le Havre Seine Métropole. Im Mittelpunkt steht eine Vereinbarung aus dem Jahr 2020 zwischen der Stadtgemeinschaft und dem Verein LH French Tech. Dieser sollte die digitale Stadt Le Havre betreiben und erhielt dafür öffentliche Zuschüsse in Höhe von 2,154 Millionen Euro. Die Vereinbarung wurde jedoch 2022 vorzeitig beendet, nachdem finanzielle Schwierigkeiten des Vereins bekannt geworden waren. Eine ehemalige Führungskraft der Stadtgemeinschaft hatte 2023 Anzeige erstattet und später den Status einer Whistleblowerin erhalten. Auch die Antikorruptionsorganisation Anticor ist am Verfahren beteiligt. Die Ermittlungen dauern an. Eine Verurteilung oder formelle Anklage gegen Philippe liegt bislang nicht vor.

Präsidentschaftskandidat Gabriel Attal hat vorgeschlagen, eine gemeinsame Vorwahl zu organisieren, um einen einzigen Kandidaten der politischen Mitte und der bürgerlich Konservativen zu ermitteln. Damit möchte er verhindern, dass sich die Stimmen dieser politischen Lager auf mehrere Kandidaten verteilen und es zu einer Stichwahl zwischen dem Rassemblement National und La France insoumise kommt. Ursprünglich wollte Attal die Vorwahl auf das politische Zentrum beschränken. Inzwischen ist er jedoch auch bereit, die konservativen Kandidaten Bruno Retailleau und David Lisnard einzubeziehen. Diese Kursänderung wird von Kritikern als taktisches Manöver betrachtet, da Attals Kandidatur in den Umfragen stagniert. Sein stärkster Konkurrent im Zentrum, Édouard Philippe, lehnt eine solche Vorwahl weiterhin ab. Attal begründet seine Initiative mit der zunehmenden Schwächung des politischen Zentrums. Er erhofft sich dadurch weitere Unterstützung von konservativen und gemäßigten Politikern. Das Ziel besteht in der Bildung einer gemeinsamen politischen Front gegen Philippe und der Vermeidung einer Zersplitterung der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl 2027.

Bei einem rassistisch motivierten Terroranschlag in den Pariser Vororten Trappes und La Verrière am 23. Oktober wurde der 26-jährige Pengo Bossio Wangi getötet. Sieben weitere Personen wurden verletzt, darunter ein elfjähriges Mädchen. Der 39-jährige Tatverdächtige hat während seiner Vernehmung zugegeben, Menschen muslimischer oder afrikanischer Herkunft gezielt angegriffen zu haben. Er bezeichnete Trappes als „Unterschlupf für Islamisten" und rechtfertigte damit seine Tat. Außerdem gestand er, den Angriff geplant und mit einer Maschinenpistole geschossen zu haben. Eine terroristische und rassistische Motivation bestreitet er jedoch weiterhin und zeigt laut Staatsanwaltschaft keine Reue. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung fanden Ermittler mehrere Waffen, nationalistische Aufkleber sowie religiöse Schriften wie den Koran und die Bibel, sowie „Mein Kampf". Zudem hatte er seine Wohnung mit Gasflaschen und einem Sprengmechanismus präpariert. Die französische Antiterrorstaatsanwaltschaft ermittelt wegen terroristischen Mordes und versuchten Mordes. Drei Opfer befinden sich noch im Krankenhaus, eines davon schwebt weiterhin in Lebensgefahr.

Auch für diesen Samstag, den 31. Oktober 2026, sind in Paris weitere Proteste von Gewerkschaften und Studenten-organisationen angekündigt. Bereits im Vorfeld sorgen die geplanten Demonstrationsrouten für Konflikte zwischen Behörden und Demonstranten. Die Organisatoren wollten ursprünglich zwischen den Plätzen Bastille und Nation im Stadtzentrum demonstrieren. Die Polizei hat jedoch eine Route am Stadtrand vorgeschlagen. Bereits am 24. Oktober war eine ähnliche Verlegung angeordnet worden. Sieben Gewerkschaften haben deshalb Klage gegen die Polizeipräfektur eingereicht. Sie kritisieren die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit und fordern eine schnelle, offizielle Entscheidung über die geplante Route. Die Gewerkschaften werfen der Präfektur vor, Entscheidungen zu spät bekanntzugeben, sodass sie diese nicht rechtzeitig vor Gericht anfechten können. Deshalb verlangen sie, dass die entsprechende Verbotsverfügung spätestens am Freitagmittag veröffentlicht wird. Der Pariser Polizeipräfekt Patrice Faure verteidigt die neue Route mit Sicherheitsargumenten. Sie soll das Stadtzentrum entlasten, mögliche Ausschreitungen verhindern und den Geschäften ein normales Arbeiten

ermöglichen. Außerdem verweist er auf die Gefahr von Terroranschlägen. Die Gewerkschaften bestehen jedoch darauf, dass auch die Wahl des Demonstrationswegs zum Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gehört. Darüber hinaus wurden bereits geplante Demonstrationen von rechtsextremen Gruppen durch die Polizeipräfektur verboten. Am Samstag sollte in einem Vorort von Paris ein Kolloquium zum Thema „Remigration" stattfinden, an dem unter anderem Éric Zemmour und Vertreter der deutschen AfD teilnehmen sollten. Für Sonntag hatte das rechtsextreme Kollektiv „Objectif Remigration" eine Demonstration in Paris angekündigt. Auch diese wurde verboten.

Das Energieunternehmen TotalEnergies hat angekündigt, den Dieselpreis in mehreren Hundert seiner Access-Tankstellen (meist günstiger und nicht an Autobahnen gelegen) ab Samstag, dem 31. Oktober, auf 2,15 Euro pro Liter zu senken. Damit reagiert der Konzern auf die von der französischen Regierung beschlossene Freigabe strategischer Ölreserven. Die Preissenkung erfolgt bereits vor der tatsächlichen Auslieferung des günstigeren Diesels. Ab Montag, dem 2. November, soll sie abhängig von der Entwicklung der internationalen Märkte auch auf weitere Tankstellen außerhalb der Autobahnen ausgeweitet werden. Gleichzeitig bleibt der Dieselpreis im gesamten französischen Tankstellennetz auf maximal 2,25 Euro pro Liter begrenzt. Zusätzlich gewährt TotalEnergies Rabatte für Heizöl sowie für Landwirte, Bauunternehmen und Fischer. x Die Regierung hat zehn Millionen Barrel Diesel aus strategischen Reserven für einen Zeitraum von drei Monaten freigegeben und fordert die Mineralölkonzerne auf, die Kostenvorteile an die Verbraucher weiterzugeben. Zusätzlich gewährt TotalEnergies Rabatte für Heizöl sowie für Landwirte, Bauunternehmen und Fischer. Im Verlauf der Woche hatte Total Energies einen Rekordgewinn von 8,3 Milliarden US-Dollar im dritten Quartal 2026 verkündet.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Christine Lagarde hat am 29. Oktober angekündigt, ihr Amt als Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) bereits am 7. Februar 2027 niederzulegen, also rund neun Monate vor dem regulären Ende ihrer Amtszeit. Damit möchte sie ihre Meinungs- und Redefreiheit zurückgewinnen und sich stärker zu Themen äußern können, die über die Geldpolitik hinausgehen. Insbesondere mit Blick auf die bevorstehende französische Präsidentschaftswahl möchte sie sich für ihre persönlichen Überzeugungen engagieren. Lagarde steht seit November 2019 an der Spitze der EZB und musste während ihrer Amtszeit mehrere schwere Krisen bewältigen, darunter die Corona-Pandemie und die Energiepreiskrise infolge des Ukrainekriegs. Durch ihren vorzeitigen Rücktritt hat der französische Präsident Emmanuel Macron noch vor der Präsidentschaftswahl die Möglichkeit, an der Ernennung ihres Nachfolgers mitzuwirken. Macron und EU-Ratspräsident Antonio Costa würdigten Lagardes Engagement für Europa. Die 70-Jährige möchte sich offenbar weiterhin im öffentlichen Leben engagieren. Als mögliche nächste Aufgabe gilt die Leitung des Weltwirtschaftsforums in Davos.

DIE ZAHL DER WOCHE

0,1 %

Die französische Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer schwierigen Lage. So sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2026 um **0,1 %**, obwohl das Statistikamt Insee ursprünglich mit einem leichten Wachstum gerechnet hatte. Bereits im ersten Quartal war die Wirtschaft um 0,2 % geschrumpft und im zweiten Quartal stagnierte sie. Ein wichtiger Grund für die schwache Entwicklung ist die geringe Binnennachfrage. Zwar stieg der private Konsum leicht an, die Investitionen der Unternehmen und Haushalte gingen jedoch um 0,6 % zurück. Viele Unternehmen agieren wegen der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit zurückhaltend. Auch die Exporte, insbesondere im Luftfahrtsektor, konnten die Wirtschaft nicht ausreichend stützen. Deshalb erscheint das angestrebte Wirtschaftswachstum von 0,4 % für das Jahr 2026 kaum erreichbar. Für 2027 erwarten Experten ebenfalls nur ein schwaches Wachstum von etwa 0,6 %.